NEOS LiA
LIBERALE ARBEITNEHMER:INNEN

Antrag Nr. 4

der Fraktion Das Neue Österreich und Liberales Forum, Liberale Arbeitnehmer:innen
an die 186. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 3. November 2026

Besserer Konsument:innenschutz beim Gebrauchtwagenkauf

Die 186. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien möge beschließen:

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert die Bundesregierung in ihrer Gesamtheit sowie insbesondere den Bundesminister für Innovation, Mobilität und Infrastruktur, die Bundesministerin für Justiz und den Bundesminister für Inneres auf, die rechtlichen Rahmenbedingungen für einen transparenten und sicheren Gebrauchtwagenmarkt zu verbessern.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert konkret:

- Einen gesetzlichen Rahmen, der spezialisierten Dienstleister:innen den Zugang zu fahrzeugspezifischen Daten wie Kilometerstand, Unfallhistorie und Wartungsintervallen erleichtert.
- Zugang zu behördlichen Daten und Polizeidatenbanken vergangene schwere Unfälle auch über europäische Landesgrenzen hinweg aufzudecken.
- Volle Rechtssicherheit für Werkstätten, Versicherungen und Prüfstellen, damit diese wichtige Fahrzeugdaten zur Betrugsprävention ohne Angst vor Strafen weitergeben können.
- Eine einfache nationale Rechtsgrundlage, die diese Datenweitergabe im Einklang mit dem europäischen Datenschutz erlaubt, solange sensible Halterdaten wie Namen oder Adressen herausgefiltert werden.

Begründung:

Ein Autokauf ist für viele Arbeitnehmer:innen die größte private Ausgabe nach dem Kauf eines Eigenheims. Wer hier auf Betrüger:innen hereinfällt, steht oft vor dem finanziellen Ruin. Zurückgedrehte Kilometerzähler, vertuschte Unfallschäden oder gar der unwissentliche Kauf eines im Ausland gestohlen gemeldeten Autos sind beim Gebrauchtwagenkauf ein massives Risiko. Echter Konsument:innenschutz bedeutet, die Käufer:innen vor diesen teuren Fallen zu bewahren.

Wer heute in Österreich ein gebrauchtes Auto kauft, kauft oft die Katze im Sack. Dabei wäre die Lösung ganz einfach. In vielen anderen europäischen Ländern ist es längst völlig normal, vor dem Autokauf online einen umfassenden Check der Fahrzeughistorie abzurufen. Im Vereinigten Königreich etwa können Konsument:innen für wenige Pfund über private Anbieter eine umfassende Datenabfrage durchführen und so herausfinden, ob ein Auto einen Totalschaden hatte, manipuliert wurde oder von der Polizei gesucht wird. Belgien hat mit Car-Pass ein gesetzlich verankertes System gegen Tachobetrug. Frankreich hat mit HistoVec einen staatlichen Dienst, bei dem der Verkäufer den amtlichen Bericht aus dem Zulassungssystem erzeugt und mit dem Käufer teilt. Die Niederlande bieten über die Website RDW Kentekencheck eine öffentliche Kennzeichenabfrage mit Zahl der Vorbesitzer und einem Urteil zur Plausibilität des Kilometerstands. Österreich sollte diesen und anderen Vorbildern folgen und den Konsument:innenschutz so auf das mittlerweile normale europäische Niveau heben.

Derzeit fehlt die Rechtssicherheit: österreichische Werkstätten, Prüfstellen oder Versicherungen trauen sich oft nicht, wichtige Fahrzeughistorien an Prüfdienstleister weiterzugeben, weil sie Angst haben, dabei versehentlich gegen strenge Datenschutzregeln zu verstoßen. Zudem ist der Zugang zu offiziellen Polizeiregistern für diese Anbieter oft blockiert.

Wir fordern daher den österreichischen Gesetzgeber auf, für Rechtssicherheit zu sorgen. Es braucht ein Gesetz das die Weitergabe der rein technischen Fahrzeughistorie zur Betrugsbekämpfung *ausdrücklich erlaubt*. Der Datenschutz darf kein Schutzschild für Kriminelle sein, die Unfallwagen als unfallfrei verkaufen. Nur mit echter Rechtssicherheit bekommen wir auch in Österreich lückenlose Prüfberichte. Das ist ein wichtiger Schritt, um die Menschen in Österreich wirksam vor Betrug auf dem Gebrauchtwagenmarkt zu schützen.

Angenommen ☒	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrheitlich ☒